

Fragen**für die Fragestunde der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. November 2023****Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bachmann, Carolin (AfD)	23, 24	Meister, Michael, Dr. (CDU/CSU)	2, 3
Brandner, Stephan (AfD)	6, 29	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 28
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	14, 15	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	19, 20
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	10, 17	Renner, Martina (DIE LINKE.)	11, 12
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	26, 27	Schattner, Bernd (AfD)	4, 5
Görke, Christian (DIE LINKE.)	9, 21	Seitz, Thomas (AfD)	25
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	13	Spahn, Jens (CDU/CSU)	16, 31
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	8, 30	Tebroke, Hermann-Josef, Dr. (CDU/CSU)	7
Latendorf, Ina (DIE LINKE.)	18, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
Welche Konsequenzen zieht der Bundesminister der Finanzen Christian Lindner aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerde bezogen auf das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 (vgl. www.merkur.de/politik/klimafonds-karlsruhe-christian-lindner-schulden-trick-ampel-koalition-gesetz-zr-92663830.html, zuletzt abgerufen am 9. November 2023)?
2. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
Wie soll aus Sicht der Bundesregierung die Finanzierung des Aufbauplans „NextGenerationEU“ bei gestiegenem Zinsniveau seitens des EU-Haushaltes dargestellt werden, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Risiken für den Bundeshaushalt?
3. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)
Rechnet die Bundesregierung damit, dass das von der EU-Kommission am 20. Juni 2023 vorgeschlagene angepasste Paket für die nächste Generation von EU-Eigenmitteln angenommen wird, und bis wann soll es nach Kenntnis der Bundesregierung hier zu einer Einigung auf EU-Ebene kommen?
4. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
Wie möchte die Bundesregierung die Bevölkerung entlasten und gleichzeitig aber wieder Schulden abbauen bzw. wieder eine schwarze Null erreichen?
5. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
Plant die Bundesregierung steuerliche Entlastungen oder zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Bürger in den nächsten Jahren?
6. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
Wie positioniert sich der Bundesminister der Finanzen zu dem Vorschlag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA, die Mehrwertsteuer auf Speisen dauerhaft bei 7 Prozent zu belassen (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/mehrwertsteuer-in-restaurants-branche-warn-t-vor-katastrophe-19100113.html; www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/insolvenz-gaststaetten-durch-hoehere-mehrwertsteuer-bedroht-/29290384.html), und wie begründet er seine Antwort?

7. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der wiederholt vorgetragenen Forderung (vgl. www.f.r.de/wirtschaft/ringen-um-eine-soziale-eu-taxonomie-92039392.html), nach der EU-Umwelt-Taxonomie nunmehr kurzfristig auch den Vorschlag für eine Sozial-Taxonomie-Verordnung vorzulegen, und mit welchen Anstrengungen vertritt die Bundesregierung diese Position auf europäischer Ebene?
8. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Mehrkosten kommen nach Kenntnis der Bundesregierung durch die verfassungswidrigen Kreditermächtigungen der Bundesregierung auf die Bundesrepublik Deutschland und auf einen durchschnittlichen Haushalt im Jahr 2024 zu (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/notlage-im-bundeshaushalt-finanzministerium-will-krisenfonds-wsf-vollstaendig-aufloesen/29514800.html)?
9. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds gemäß dem am 9. August 2023 beschlossenen Wirtschaftsplan, die in den Jahren 2024 bis 2027 auf die neuen Bundesländer entfallen?
10. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung – gemäß dem Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen Werner Gatzert vom 21. November 2023 zur haushaltswirtschaftlichen Sperre der Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt 2023 nach § 41 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) – aktuell gesperrte Verpflichtungsermächtigungen, insbesondere in Kapitel 1405 (Militärische Beschaffungen), aber auch in anderen Kapiteln des Einzelplans 14, im Rahmen der im Schreiben genannten besonderen Einzelfallregelung mit Bezug auf die zeitkritische Problematik der bei militärischen Beschaffungsvorhaben einzuhaltenden Angebotsbindefristen freigeben, um damit sowohl einen finanziellen Schaden vom Bund wie auch eine Verzögerung in der Verbesserung der materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu verhindern, und gibt es nach Auffassung der Bundesregierung stichhaltige Gründe, die Bearbeitung bzw. Verabschiedung von 25-Millionen-Euro-Vorlagen gemäß § 54 Absatz 3 BHO, die durch die haushaltswirtschaftliche Sperre betroffen sind, durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zu verlangsamen oder pausieren zu lassen, obwohl 25-Millionen-Euro-Vorlagen auch im Rahmen einer vorläufigen Haushaltsführung (z. B. im ersten Halbjahr 2022) vom Haushaltsausschuss beraten wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

11. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang haben Bundesbehörden seit 2021 bei der Kontrolle bzw. Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs Kriegswaffen, Gewehre und Pistolen bzw. Munition sichergestellt bzw. beschlagnahmt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Kriegswaffen, Langwaffen, Pistolen und Munition)?
12. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie oft waren nach Kenntnis der Bundesregierung die rechtsextremistischen Gruppierungen „Totenwaffen-Division“, „Atomwaffen-Division“ und die sogenannte „Feuerkriegs-Division“ seit 2021 Thema von Sitzungen des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums (bitte nach Jahren und Tatvorwürfen aufschlüsseln)?
13. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Mitglieder der Hamas und/oder von Samidoun den Zeitraum zwischen der Ankündigung der Vereins- bzw. Betätigungsverbote in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 12. Oktober 2023, deren Verhängung am 2. November 2023 und den bundesweiten Razzien am 23. November 2023 genutzt haben, um Gelder zu transferieren, die beispielsweise der Finanzierung von Terrorismus dienen könnten, und, falls die Bundesregierung die Antwort erneut unter Verweis auf den sog. Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung verweigern sollte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 58 auf Bundestagsdrucksache 20/9234), inwiefern kann die Auskunft zu möglichen Geldtransfers betreffender Personen in dem genannten abgeschlossenen Zeitraum zu einem „Mitregieren Dritter“ bei Entscheidungen führen, die in der alleinigen Kompetenz der Bundesregierung liegen (bitte dazu ggf. gemäß der verfassungsrechtlichen Pflicht der Bundesregierung konkrete Angaben machen und nicht nur auf laufende Verwaltungsverfahren verweisen)?

14. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Inwiefern spiegelt die von Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen an mich herangetragene Information, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge syrischen Staatsangehörigen teilweise keinen subsidiären Schutz, sondern lediglich ein Abschiebungsverbot gewähre, da kein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt mehr bestehe, die Einschätzung der Bundesregierung zur Situation in Syrien wider (bitte möglichst konkret darstellen), und inwiefern lässt sich eine solche Einschätzung aus Sicht der Bundesregierung mit aktuellen Berichten über eine Eskalation der Gewalt in Syrien (www.tagesspiegel.de/internationales/der-vergessene-krieg-in-syrien-eskaliert-die-gewalt-in-allen-landesteilen-10763929.html; www.malteser-international.org/de/ueber-uns/news/news-detail/krieg-in-syrien-groesste-eskalation-der-gewalt-seit-vier-jahren.html) vereinbaren (bitte möglichst ausführlich begründen)?
15. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Führt die Bundespolizei Grenzkontrollen an der deutsch-tschechischen Grenze bereits auf tschechischem Staatsgebiet bzw. „vor der Grenzlinie bzw. vor der Einreise in das deutsche Staatsgebiet“ durch, wie die Antwort des sächsischen Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel nahelegt (Drucksache 7/14643, bitte mit Rechtsgrundlage erläutern), und wie viele Zurückweisungen an allen deutschen Landesgrenzen gab es im bisherigen vierten Quartal 2023 durch die Bundespolizei im Vergleich zur Zahl der bei unerlaubten Einreisen aufgegriffenen Personen und der dabei gestellten Asylgesuche (bitte die Angaben zu den Grenzen zu Österreich, der Schweiz, Polen und Tschechien gesondert aufführen und bei den Zurückweisungen nach den vier wichtigsten Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

16. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe werden Kosten und Ausgaben des Bundes eingespart, wenn die Zahl der Bürgergeldempfänger um 100.000 niedriger läge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

17. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung Mitglieder des Deutschen Bundestages über eine weitere militärische Unterstützungsleistung in Höhe von 1,3 Mrd. Euro, die der Bundesminister Boris Pistorius offenbar am 21. November 2023 der Ukraine zugesagt hat (www.welt.de/politik/ausland/article248645806/Deutschland-sagt-Ukraine-weitere-1-3-Milliarden-Euro-Militaerhilfe-zu.html), informiert (bitte erläutern, welche Mitglieder des Deutschen Bundestages in welchem Format und an welchem Tag informiert wurden), und sind die zugesagten weiteren Unterstützungsleistungen im finanziellen Umfang von 1,3 Mrd. Euro dergestalt haushälterisch abgesichert, dass sie durch die im Rahmen des Bundeshaushaltes 2023 sowie des Regierungsentwurfs 2024 bereitgestellten bzw. seitens der Bundesregierung vorgeschlagenen finanziellen Mittel für die Unterstützung der Ukraine (Kapitel 6002 Titel 687 03) auskömmlich finanziert werden können – ohne Rückgriff auf die im Rahmen der Bereinigungsvorlage regierungsseitig vorgeschlagene, aber mangels bisheriger Beschlussfassung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages über den Einzelplan 60 im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsgesetz 2024 bisher nicht beschlossene Erhöhung des genannten Titels im Vergleich zum ursprünglichen Regierungsentwurf um 4 Mrd. Euro im Jahr 2024 zuzüglich einer Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um insgesamt 2 Mrd. Euro in den Jahren 2025 bis 2028?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

18. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- Welche Ergebnisse hat die Evaluierung des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes ergeben, oder, falls diese noch nicht abgeschlossen ist, welche Zwischenergebnisse liegen vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

19. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den an mich herangetragenen Vorschlag, infolge des Urteils des Bundessozialgerichts vom 24. Oktober 2023 Ärzte im Notdienst gemäß § 75 Absatz 1b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V; sog. „Poolärzte“) hinsichtlich der Sozialversicherungspflicht sozialrechtlich Notärzten im Rettungsdienst gleichzustellen, die schon nach geltendem Recht gemäß § 23c Absatz 2 Satz 1 SGB IV von der Sozialversicherungspflicht befreit sind, und – mit Blick auf deren Tätigkeiten und Aufgaben – wie begründet die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung von Ärzten im Notdienst gemäß § 75 Absatz 1b SGB V einerseits und Notärzten im Rettungsdienst andererseits hinsichtlich einer Befreiung von der Sozialversicherungspflicht?
20. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Analyse der Deutschen Krankenhausgesellschaft, wonach die vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach angekündigten Finanzhilfen des Bundes zur Vermeidung unkontrollierter Krankenhaus-Insolvenzen „weit unter den sechs Milliarden Euro, die das BMG angekündigt hat“, lägen und sich in der Summe nur auf 2,4 Mrd. Euro beliefen (siehe www.aerzteblatt.de/nachrichten/147475/DKG-Analyse-Geplante-Liquiditaetshilfen-bleiben-deutlich-unter-Erwartungen), und kann das Bundesministerium für Gesundheit mit Blick auf die infolge des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts entstandenen massiven Verunsicherungen hinsichtlich der Aufstellung des Bundeshaushalts 2024 die Bereitstellung wenigstens der zuletzt zugesagten Mittel garantieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

21. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Welche Voraussetzungen müssten aus Sicht der Bundesregierung, vor dem Hintergrund der langwierigen Planungs- und Bauprozesse zur Ertüchtigung der Lehrter Bahn, erfüllt sein, um zusätzliche Halte (beispielsweise am Bahnhof Rathe-now) des IC-Zuges auf der Strecke nach Berlin zu ermöglichen, und welche Kosten würden durch diese zusätzlichen Halte entstehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

22. Abgeordnete
Ina Latendorf
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den ökologischen Gesamtzustand der Ostsee im Allgemeinen und den des Greifswalder Boddens im Besonderen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

23. Abgeordnete
Carolin Bachmann
(AfD)
- Wie begründet und beschreibt die Bundesregierung das Projekt „Gendergerechte Stadtentwicklung: Potenziale für nachhaltige und vielfältige Städte“ (Haushaltsgesetz 2024, Kapitel 2502 Titel 544 61; bitte Programm, Projektbeginn, Projektende, Ziel, Zweck, Projektbeteiligte sowie Mitteleinsatz einschließlich Bundesmitteln, Drittmitteln und sonstigen Mitteln angeben)?
24. Abgeordnete
Carolin Bachmann
(AfD)
- Welche Haushaltstitel, die vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bewirtschaftet werden, sind von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html;jsessionid=803646751465356F28DD271DFB9D33C3.internet001) jeweils wie betroffen (bitte die 14 Haushaltstitel mit dem höchsten Mitteleinsatz auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

25. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Welche konkreten inhaltlichen Erwartungen stellt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Claudia Roth an einen „gemeinsamen Plan und sichtbare Reformschritte“, an eine „echte Mitwirkungsmöglichkeit für den Bund“ sowie „Standards zur Verhinderung von Antisemitismus und Diskriminierung“ als Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung des Bundes für die documenta 16 im Jahr 2027 (www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst-und-architektur/documenta-claudia-roth-droht-mit-ende-der-zuschuesse-19311012.html), und bis zu welchem Zeitpunkt müssen diese Erwartungen erfüllt sein, damit eine Förderung erfolgt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

26. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, dass nach ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes die Pflicht zur Nachsteuerung von Klimaschutzmaßnahmen bei Zielverfehlungen in die Zukunft verschoben wird?
27. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Wie passt es zusammen, dass für die Bundesregierung laut ihrer eigenen Aussage der 30. Juni 2024 der maßgebliche Stichtag für die Regelung des Übergangs vom nationalen zum europäischen Brennstoffemissionshandel in den Bereichen Gebäude und Verkehr ist (siehe Plenarprotokoll 20/136, Seite 17160), sie nach ihrer Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes sich aber erst zum Ende des Jahres 2024 die Verpflichtung auferlegen will, einen Bericht mit einem Vorschlag für den Übergang vom nationalen zum europäischen Brennstoffemissionshandel vorzulegen?

28. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Hat der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck in den letzten Monaten Kenntnis über ein konkretes Angebot hinsichtlich des Kernkraftwerkes Isar 2 erlangt, welches auf den Weiterbetrieb auf eigene Kosten des Betreibers für die Industrie zu circa 6 Cent pro Kilowattstunde Strom gerichtet war, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt (vgl. www.cicero.de/wirtschaft/akw-isar2-preussenelektra-guido-knott-industriestrom-atomkraft-energie und www.tichyseinblick.de/kolumnen/lichtblicke-kolumnen/preussenelektra-isar-2-weiterbetrieb/, jeweils abgerufen am 9. November 2023)?
29. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen plant das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gegen Stromengpässe, die durch die verstärkte Nutzung von Wärmepumpen oder Elektroautos entstehen könnten (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/nach-habeck-verbot-entscheidet-der-staat-bald-ueber-unseren-stromverbrauch-83066778.bild.html)?
30. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung garantieren, dass die Förderoptionen und sozialen Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Gebäudeenergiegesetz weiterhin bestehen bleiben und dass diese zeitgleich mit Inkrafttreten des Gesetzes beantragt und ausbezahlt werden können (www.tagesschau.de/inland/foerderung-heizung-habeck-101.html)?
31. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind aktuell die Energiepreise bzw. ist die Erwartung an ihre Entwicklung, und wie stellt sich dies im Vergleich zu den Preisen im Jahr 2022 dar?

